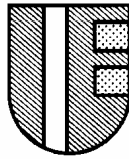


STADT ERFTSTADT



Beschluss

der Sitzung

des Finanz- und Personalausschusses am 22.08.2006

- 11 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung der Stadt Erftstadt für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 und der Finanzplanung für den Zeitraum 2005 - 2009 (Drs.Nr. 233/2006 1. Ergänzung)

Der vorgelegte Zwischenstand wird zur Kenntnis genommen.

Vor Eintritt in die Beratungen zu den erteilten Prüfaufträgen erklärt StV Dr. Hille für die Mehrheitsfraktion die sich aus den Aufträgen ergebenden Massnahmen zum Haushaltsplan 2006/2007:

1. Keine Erhöhung **Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer**
2. Der Bereich **Abwasserbeseitigung** der Stadtwerke erbringt einen jährlichen Beitrag in Höhe von 900.000 € an den städt. Haushalt aus der Eigenkapitalverzinsung. Dieser Betrag soll je zur Hälfte durch Erhöhung der verbrauchsabhängigen Kosten und durch Einführung einer Zählergebühr erreicht werden.
3. Im **Kindergartenbereich** sollen aus den Prüfaufträgen heraus zZt. keine Einsparungen vorgenommen werden, mit Ausnahme von bedarfsgerechten Schließungen.
4. Bei der **Schülerbeförderung** bleiben die Leistungen des Schulträgers im Primärbereich unverändert. Für den Bereich der Sekundarstufe I wird die Verwaltung beauftragt, für eine der nächsten Sitzungen ein Konzept bzgl. einer möglichen angemessenen Beteiligung der Erziehungsberechtigten an den freiwilligen Schülerfahrtkosten vorzulegen.

Zum Prüfauftrag **Schülerlotsen** siehe TOP 9

Sonstige Einsparungen aus Organisationsentscheidungen des Bürgermeisters im Bereich –32- und 51 sollen ggfls. durch die Verwaltung eingesetzt werden.

Zur **Personalkostenuntersuchung** wird ein neuer Antrag angekündigt; über die Bereitstellung von Mitteln soll in der nächsten Sitzung entschieden werden.

In der folgenden Diskussion legen die Sprecher aller Fraktionen ihre unterschiedlichen Meinungen zu den den o.a. Punkten dar.

Für die SPD beantragt StV Bohlen die Abstimmung über folgende Punkte:

1. Erhöhung der Haushaltsmittel für **Erftstadt-Card** um 10.000 €
Der Antrag wird mit 7 Ja und 8 Nein Stimmen abgelehnt
2. Abschaffung des **Bürgermobils**

Der Antrag wird mit 7 Ja und 8 Nein Stimmen abgelehnt

3. Streichung der **Stelle des 1. Beigeordneten** ab 2008

Der Antrag wird mit 6 Ja, 8 Nein Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Die Verwaltung soll die sich aus o.a. Punkten ergebenden finanziellen Auswirkungen in die Veränderungslisten für den nächsten Finanzausschuss einarbeiten.